

Niederschrift

über die 13. öffentliche Sitzung des Finanzausschusses (7. Wahlperiode)
am **22.09.2020**

anwesend: (siehe X)

Unter dem Vorsitz von: Herr Michalski

Die Gemeindevertreter:

- | | |
|---------------------|---|
| 1. Jürgen Michalski | X |
| 2. Andreas Hennig | e |
| 3. Kai Deutschmann | X |

sachkundige Einwohner:

- | | |
|----------------------|---|
| 4. Barbara Ohrmann | X |
| 5. Reinhard Suhrbier | X |

Gäste:

Herr Behrens	-	Amtsitr. Finanzen
Frau Guruz	-	Amtsitrn. Planen und Bauen
Frau Küster	-	Amtsitrn. Zentrale Dienste

**Niederschrift der 13. Sitzung des Finanzausschusses vom 22.09.2020
- öffentlicher Teil -**

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste
Tagungsort: Haus des Gastes, Heinrich-Heine-Str. 7
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 20:45 Uhr

Zu 1.

Herr Michalski eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Hennig fehlt entschuldigt.

Zu 2.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 4**
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls vom 18.08.2020
4. Einwohnerfragestunde
5. Beratung und Beschlussempfehlung zur 6. Änderung der Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Ostseebad Binz
6. Beratung und Beschlussempfehlung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung zum Haushaltsplan 2020 der Gemeinde Ostseebad Binz
7. 1. Lesung und Beratung des Haushaltsplanes 2021 der Gemeinde Ostseebad Binz

Nicht öffentlicher Teil:

8. Sonstiges

Zu 3.

Das Protokoll der Sitzung vom 18.08.2020 wird bestätigt.

Abstimmung: **Ja-Stimmen: 4**
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Zu 4.

Keine Anfragen

Zu 5.

Die Mitglieder des Finanzausschusses empfehlen die Beschlussfassung der 6. Änderung zur Straßenreinigungssatzung der Gemeinde Ostseebad Binz durch die Gemeindevertretung.

Abstimmung:

Ja-Stimmen: 4

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

Zu 6.

Herr Behrens gibt Erläuterungen zum 1. Nachtrag:

- Ermächtigungen aus 2019 wurden eingearbeitet
- Kredit 3,5 Mio. Euro ist eingeplant – somit Haushalt genehmigungspflichtig
- zu den Corona-bedingten Ausfällen bei Gewerbesteuern: 1,7 Mio. Euro Verlust eingeplant
- Konjunkturförderpaket des Landes sieht 1,2 Mio. Euro für Binz als Ausfallkompensation vor, sind im Nachtrag und im Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt, da erst seit kurzem bekannt – Geld wird voraussichtlich dieses Jahr noch kommen
- Verkauf MZO-Gelände (Senioren- und Generationenwohnen), Verkauf Turnhalle mit 2,25 Mio. Euro sind eingestellt
- insgesamt wird trotz Verlust von 364.000 € der Haushaltsausgleich in Ergebnis- und Finanzrechnung erreicht
- finanzielle Mittel werden durch Aufnahme des Kredites bei 3,6 Mio. Euro gehalten + 1,2 Mio. aus Konjunkturförderung

Frau Ohrmann fragt, ob es weitere Ergebnisse/neuere Zahlen hinsichtlich des Einbruchs durch die Corona-Krise gibt.

Herr Behrens:

- ca. 1,6 Mio. Euro Verlust bei den Gewerbesteuereinnahmen
- ca. 120 Anträge auf Herabsetzung der Gewerbesteuervorauszahlungen wurden bearbeitet
- mittlerweile haben etwa 20 Gewerbetreibende die Vorauszahlungen wieder auf den ursprünglichen Wert anpassen lassen, da die Einnahmen doch besser ausfallen
- auf andere Steuern sind kaum Auswirkungen zu verzeichnen
- Einnahmen für Parkgebühren wieder aufgeholt, Stand vom Vorjahr ist fast erreicht

Herr Michalski spricht die avisierten 2,25 Mio. Euro als Erlös für den Verkauf der Sporthalle an. Ist das richtig? Ihm ist eine andere Summe bekannt.

Herr Behrens erklärt, dass ein gewisser Risikofaktor eingeplant wurde, falls doch nicht die gesamte Summe vereinnahmt wird. Der Beschluss von 2,5 Mio. Euro besteht, bestätigt er, aber es könnte zu Nachverhandlungen mit anderem Ergebnis kommen.

Frau Guruz fügt hinzu, dass der Beschlussvorschlag in der Gemeindevertretung am 24.09.2020 behandelt wird und man sehen wird, welchen Spielraum die Gemeindevertretung der Verwaltung zu möglichen Nachverhandlungen gibt. Außerdem wollte Herr Behrens etwas konservativer planen und hat eine mögliche Differenz eingerechnet. Man sollte sich vor Augen führen, dass der Bodenrichtwert des Grundstückes bei 1,4 Mio. Euro lag. Die Konsequenz wäre die Auflösung der Ausschreibung. Frau Guruz glaubt nicht, dass man mit einer neuen Ausschreibung einen höheren Gewinn erziele. In einem Telefongespräch mit den Bietern wurde klar, dass diese die Anfrage gestellt hatten, in preisliche Verhandlungen zu treten.

Herr Michalski kann keine konservative Planung erkennen, für ihn stellt sich eine eher optimistische Planung dar. Die 2,25 Mio. Euro sind noch kein Gemeindevertreterbeschluss,

am Donnerstag wird erst darüber entschieden – trotzdem sollen wir heute ein Votum abgeben, dass die 2,25 Mio. Euro in den Haushalt einfließen. Solange steht noch der alte Beschluss vom Dezember – Verkauf für 2,5 Mio. Euro.

Herr Behrens erklärt, dass man von einer gewissen Summe ausgehen musste und vom Verkauf in diesem Jahr. Wenn die Gemeindevertretung einen anderslautenden Beschluss fasst, müssen wir den Haushalt nachbessern. Wichtig ist u. a., dass der Kredit für das Parkhaus genehmigt wird.

Herr Suhrbier gibt zu bedenken, dass ggf. andere Bieter ebenfalls nachverhandeln wollen, wenn sie mitbekommen, dass bei dem anderen Interessenten nachverhandelt wird. Dann hätten wir ein rechtliches Problem.

Es gibt nur einen Bieter, so Frau Guruz, somit keine Benachteiligungen für andere Bieter. Auch dann wären Nachverhandlungen gestattet, wenn es mehrere Bieter gäbe. Man müsste nur allen Bietern die Möglichkeit für Nachverhandlungen geben.

Im Bereich Personal sind zwei zusätzliche Stellen im Nachtrag ersichtlich 1 x SB Corona, 1 x SB Contolling, so Herr Michalski. Hierzu bittet er um konkrete Zahlen, welche Kosten hier entstanden sind.

Die beiden Stellen sind als Stabsstellen beim Bürgermeister angesiedelt, so Frau Küster.

Herr Michalski spricht die Kosten für die Software-Unterhaltung an, welche von 54.000 Euro auf 112.000 Euro gestiegen sind und fragt nach der Ursache. Bedenklich hierbei die Kosten für die Homepage mit 25.000 Euro, GIS-Software 25.000 Euro. Diese Beträge sollen also noch ausgegeben bzw. die Software noch angeschafft werden?

Frau Ohrmann ist der Meinung, die Kosten für die Website seien bereits erbracht?

Nicht das, was dort steht, so Frau Guruz. Sie findet es widersprüchlich dargestellt und vermutet, dass hier die Formulare mit enthalten sind, um eine gesetzlich geforderte Barrierefreiheit ab 2020/2021 zu haben. Die Kosten für die barrierefreien Formulare gehören eigentlich nicht zur Website, werden nur über die Website bereitgestellt und sind deshalb unter der Website aufgeführt. Die Formulare müssen noch erstellt werden, dazu sind wir verpflichtet.

Der Wartungsvertrag ist zusätzlich aufgenommen worden, fügt Frau Küster hinzu, sowie weitere zusätzlich entstandene Kosten für die Website. 10.000 Euro sind außerdem für unterschiedliche Sachen eingeplant.

Herr Michalski gibt zu bedenken, ob solche Anschaffungen im Zuge der derzeitigen Konstellation von -1,2 Mio. Euro wirklich in diesem Jahr noch umgesetzt werden müssen oder ob man sie lieber ins kommende Jahr verschiebt.

Frau Guruz verweist im Hinblick auf die GIS-Software darauf, dass das Bauamt bisher analog gearbeitet hat und man über kostenlose Portale des Landkreises sowie mit der Anschaffung der AutoCAD-Software in Eigenleistung Schnittstellen erarbeitet hat und nun alle Elemente in GIS-Formaten integriert werden sollen. Bei dem vorgesehenen GIS-System geht es vorrangig um die Digitalisierung der Kataster, die es in den Bereichen bisher nicht gibt, z. B. über die bestehende Straßenbeleuchtung usw. Notwendig ist mit diesem GIS-System die einmalige Aufmessung aller Elemente in der Gemeinde, z. B. Bäume, Straßenabläufe, Bänke. Also alles, was man per Gesetz als Kataster vorhalten sollte, können wir einmalig aufnehmen lassen und in unser System einpflegen, so dass alle Sachbereiche eine digitale Arbeitsunterlage haben. Ob das dieses Jahr noch sein muss? Frau Guruz würde sich auch freuen, wenn es nächstes Jahr klappt. Rein rechtlich ist es aber so, dass wir

die Kataster benötigen, aufgrund der Arbeitsweise natürlich digital. Die Kosten wurden aus dem letzten Jahr übertragen, die Idee gibt es seit 2018. Man braucht natürlich engagierte Mitarbeiter, die das umsetzen wollen, die sind jetzt da.

Frau Küster wird morgen die Berechnung der Lohnkosten für SB Corona und SB Controlling an Herrn Behrens geben, damit sie ins Protokoll aufgenommen werden können.

(Information von Frau Küster, 24.09.2020:

- Gesamtkosten für die Stelle SB Controlling: 9.551,40 Euro, Februar 2020 bis Juni 2020;
- Gesamtkosten für die Stelle SB Coronabeauftragte: 14.254,95 Euro, April 2020 bis August 2020)

Zu 7.

Einleitende Erläuterungen von Herrn Behrens:

- vorliegender Entwurf = Vorschlag der Verwaltung

Ziel: mehrheitsfähiger Haushalt, Beschluss am 10.12.2020

- Planungsziel: ausgeglichener Haushalt, Pflichtaufgabenerfüllung (z. B. Ausstattung Schulen, Feuerwehr, Kitas und Unterhaltung der gemeindlichen Infrastruktur), Umsetzung GV-Beschlüsse (Verkauf MZO, Zuschuss Ferienspiele, Kindertag), Aufrechterhaltung freiwillige Leistungen (Begrüßungsgeld, Zuschüsse an Vereine, Unterhaltung Sportstätten, Spielplätze, Freizeitzentrum), Beibehaltung Steuersätze
- keine Aufnahme von Fremdkapital in 2020 geplant, sondern Finanzierung aus Rücklagen – daraus folgt: keine genehmigungspflichtige Haushaltssatzung – nur anzuzeigen

Ergebnisse der Vorjahre:

- Ergebnis 2019 liegt noch nicht vor, alle Werte sind vorläufig
- Ansätze 2020 sind Haushalt 2020 – Nachtrag muss erst durch die GV beschlossen und durch die Rechtsaufsicht genehmigt werden
- noch nicht berücksichtigt: Orientierungsdatenerlass (Schlüsselzuweisung, EST/UST-Zuweisung, FLA), Höhe Kreisumlage in %

Ergebnishaushalt:

- Jahresergebnis 2020: -1.857.000 Euro, aber inkl. Vorträge 2.153.900 Euro
- Umlage an die Kurverwaltung: 600.000 Euro
- im kommenden Jahr ist es nicht möglich, nochmals 1,9 Mio. Euro als Umlage an die KV zu zahlen – eine Lösung für das Problem ist zwingend erforderlich
- Bildung oder Auflösung von Rücklagen ist nicht vorgesehen
- Haushaltsausgleich in der Ergebnisrechnung ist erreicht

Finanzhaushalt:

- Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen beträgt -2.041.500 Euro, Auszahlung zur Tilgung von Krediten beträgt 303.100 Euro, Gesamtwert von -2.344.600 Euro, so dass HH-Ausgleich im Haushaltsjahr nicht erreicht würde, aber durch Vorträge ergibt sich ein Wert von 7.290.500 Euro – damit Haushaltsausgleich erreicht
- Investitionshaushalt wird Defizit von 1,192 Mio. Euro ausweisen
- insgesamt sind Investitionen von 7,867 Mio. Euro und Einzahlungen von 6,675 Mio. Euro geplant
- Finanzmittelbestand am 31.12.2021 voraussichtlich bei 63.500 Euro

Herr Michalski:

- Ansatz 2020: S. 1 Ergebnishaushalt, zwei verschiedene Zahlen: 311.400 Euro, im Nachtrag 317.600 Euro – bitte prüfen

Frau Küster berichtet zum Stellenplan:

- Lohnplanung Ausgabe: 2,8 Mio. Euro

Änderungen sind aufgezeigt:

- Stelle Nr. 3 SB Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, befristet bis 31.07.2021, danach Entfristung vorgesehen, da festgestellt wurde, dass die Stelle erforderlich ist, u. a. im Hinblick auf die Arbeiten für die Homepage
- neue Stelle Nr. 15 SB Personalwesen/Organisation, 40 Wochenstunden, EG 8, Entlastung und Abdeckung von Mehrarbeit bei Frau Küster, im Bereich Schulen durch das Medienkonzept und die Umsetzung (Frau Küster betont die Wichtigkeit dieser Stelle für ihr Amt)
- Reinigungskräfte: Befristungen bis 31.12.2022 bzw. 30.04.2021 – in den Schulen, Turnhallen und der Gemeindeverwaltung war die Einstellung eigener Reinigungskräfte der richtige Schritt, deshalb sollen die Stellen nach Ablauf der Befristung entfristet werden
- Stelle Stadtplaner wurde vorsorglich in eine unbefristete umgewandelt, falls sich kein geeigneter Bewerber gefunden hätte (nun hat man sich im gestrigen Hauptausschuss für einen Bewerber entschieden)
- neue Stelle Nr. 37 SB Grünplanung: wurde im letzten Haushaltsplan gestrichen, nun aber aufgrund der Notwendigkeit wieder aufgenommen (40 Wochenstunden)

Frau Guruz begründet die Notwendigkeit der Stelle SB Grünplanung:

- Bewirtschaftung der vorhandenen Grünflächen
- zusätzlich die Pflege/Begehung/Verkehrssicherung der Flächen, die im Zuge der Entwicklung von Prora vom Landkreis übergeben wurden
- verhindern, dass Bäume umfallen, weil niemand Zeit hat, sich darum zu kümmern
- Arbeit ist da für weit mehr als 40 Stunden
- Kategorisierung der Flächentypen wurde quasi nebenbei gemacht, weil zur Erstellung von klugen Werk-/Pflegeverträgen unbedingt notwendig
- Konzepte fehlen, z. B. zur Bewässerung in Trockenperioden, zum Schutz junger Bäume und Pflanzbecken
- die selbständige Beplanung von Grünflächen ist nicht vorgesehen, das wird nach wie vor nach extern vergeben
- wünschenswert wäre eine gärtnerische Ausbildung, um die praktische Seite im Blick zu haben und selbständig Entscheidungen zu bestimmten Maßnahmen zu treffen

Frau Küster:

- Stelle Nr. 53 Sportwart/Gemeindearbeiter/Gärtner: derzeit besetzt mit einer Teilzeitkraft, die uns zum Ende des Jahres auf eigenen Wunsch verlassen wird – Überlegung in diesem Zusammenhang, die Arbeiten des Friedhofsgärtners zu übernehmen, welcher den Vertrag gekündigt hat – somit Erhöhung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden und Bewirtschaftung des Gemeindeanteils am Friedhof

Frau Guruz ergänzt, dass der Friedhofsgärtner bisher nur das Nötigste macht, Kosten: 500 Euro pro Monat – diese werden eingespart und die Pflege des Friedhofs hoffentlich gründlicher erledigt, 10 Wochenstunden stehen dafür dann zur Verfügung

- Neu-Ausschreibung der Friedhofsarbeiten würde erheblich teurer werden, ca. 1.400 Euro

Frau Küster:

- Einstellung mit EG 5 Stufe 3, je nach Erfahrung
- neue Arbeitskraft würde uns in den nächsten Jahren nicht viel mehr kosten als der bisherige Vertrag
- insgesamt 2 % Lohnerhöhung eingeplant, Anpassung ggf. im Nachtrag aufgrund von Tarifverhandlungen

Herr Suhrbier: Bereits in der Haushaltsplanung für 2020 gab es Diskussionen wegen der neuen Stellen. Angedacht war eine externe Organisationsüberprüfung.

Frau Küster hat das Geld dafür eingeplant (60.000 Euro), es ist im Haushaltsplan 2021 enthalten. Wenn der Haushalt beschlossen ist, wird die Ausschreibung vorgenommen.

Herr Behrens: Die Kosten für die Organisationsuntersuchung sind auf S. 14 unter „Gerichts-/Anwaltskosten...“ enthalten.

Herr Michalski vermutet, dass die Gemeindevertretung entscheiden wird, über die Besetzung der neuen Stellen erst nach der Organisationsuntersuchung zu befinden.

Wenn der Haushalt mit dem Stellenplan beschlossen ist, können die Stellen besetzt werden, so Frau Küster. Wenn Sie eine Sperre aussprechen wollen, ist das so.

Die Reibungspunkte gibt es bereits seit dem vergangenen Jahr, so Herr Michalski. Damals wurde gesagt, dass eine Strukturuntersuchung und entsprechende Aussagen darüber notwendig sind, was möglich ist.

Wie uns kürzlich erläutert wurde, wird die im Baucontrolling eingestellte Kollegin im Bauamt nach Optimierungsmöglichkeiten schauen; ähnlich wird es die Firma bewerten können und entsprechende Hinweise geben. Von daher sind alle für Änderungen vorgesehenen Positionen als solche vakant bzw. werden nicht bestätigt, solange die Untersuchung dies nicht untermauert.

Die vorgeschlagene Position für den SB Medien-/Öffentlichkeitsarbeit mit der Verlängerung bzw. der Entfristung als solcher wird wahrscheinlich keine Mehrheit finden. Hintergrund ist der, dass er einen großen Vertrauensverlust bei uns erlitten hat. In der Zeitung sind Dinge aus dem internen Teil öffentlich kundgetan worden. Von daher ist dieser Mann für uns nicht mehr tragbar. Wenn es heißt, der 31.07.2021 ist sein letzter Arbeitstag, dann ist das so. Dann wird er von uns definitiv kein weiteres Votum bekommen. Wir müssen Klartext sprechen, bevor wir Hoffnungen machen, die nicht so sein werden.

Herr Michalski spricht noch einmal die Zuwendungen für die Kameraden der Feuerwehr an, hier war die Frage bereits gestellt worden, ob man diese höher ansetzen kann. Eine Erhöhung ist im Haushaltsplan erkennbar, aber nicht allzu groß. Seiner Meinung nach war die Höhe bereits das Maximale, was möglich ist.

Die Erhöhung beruht auf der Anzahl der Kameraden, die aus der Jugendfeuerwehr übergewechselt sind, so Frau Guruz. Ansonsten ist die Höhe bereits das Maximale, was möglich ist.

Herr Michalski fragt im Hinblick auf die Stelle Grünplanung, dass früher Herr Pawlak dafür zuständig war - wer sitzt jetzt auf dieser Stelle?

Damals hieß es SB Umwelt, so Frau Küster.

Herr Kuljurgis, so Frau Guruz. Er sollte dies eigentlich machen.

Herr Michalski: Was passiert mit der Stelle?

Frau Guruz hatte im vergangenen Jahr bereits vorgestellt, die Stelle inhaltlich zu trennen, um alle verwaltungsrelevanten Aufgaben abzudecken. Die Stelle Umwelt wird nach wie vor gesehen, hierzu gibt es auch eine Ausarbeitung aus dem letzten Jahr. Das Problem mit der jetzigen Stelle liegt darin, dass sie zwischen Ordnung und Pflege steht. Je nach Mitarbeiter bleibt das eine oder andere liegen. Solche Stellen werden oft personenbezogen ausgeführt.

Herr Behrens fragt, wie der Finanzausschuss sich die Verfahrensweise hinsichtlich des Stellenplanes vorstellt. Sollen die Stellen erst einmal stehen bleiben, mit Sperrvermerk versehen oder soll der Stellenplan für die Beschlussfassung korrigiert werden? Die Gemeindevertretung sollte gleichzeitig mit Beschluss des Haushaltes grünes Licht dafür geben, dass die Organisationsanalyse in diesem Jahr schon in Auftrag gegeben werden kann, das Geld würde dann im Jahr 2021 fließen.

Das klare Votum zur Durchführung einer Organisationsanalyse gab es lt. Herrn Michalski bereits in diesem Jahr durch die Gemeindevertretung.

Die neu geplanten Stellen sollen vorerst aus dem Stellenplan gestrichen werden und nach der Organisationsanalyse ggf. zum Nachtrag 2021 besprochen werden.

Damit einher geht die Korrektur der Lohnplanung, so Frau Küster.

Zur Stelle Hausmeister/Gemeindearbeiter/Gärtner positioniert sich der Finanzausschuss dahingehend, dass die Erhöhung auf 40 Wochenstunden mit Übernahme der Friedhofstätigkeiten - wie im Stellenplan vorgesehen - durchgeführt werden kann.

Herr Suhrbier erkundigt sich nach den beiden Reinigungskräften, die bis zum 30.04.2021 befristet sind – wie wird hier verfahren? Könnte man diese noch einmal befristen?

Herr Michalski fragt nach einer Kosten-/Nutzenrechnung für die Reinigungskräfte (Gehälter, Reinigungsmittel usw. im Vergleich zum vorherigen Vertrag mit der Reinigungsfirma).

Frau Küster merkt an, dass von vornherein klar war, dass eigene Reinigungskräfte teurer werden - wir zahlen nach Tarif und die Arbeitsmaterialien mussten angeschafft werden.

Herr Michalski greift den Vorschlag von Herrn Suhrbier auf, die Reinigungskräfte noch ein Jahr zu befristen und abzuwarten, was die Strukturuntersuchung ergibt.

Die Qualität der Reinigung ist in der Regel bei eigenen Kräften besser, berichtet Herr Suhrbier aus eigener Erfahrung.

Das hat sich bestätigt, so Frau Küster. Alle sind sehr zufrieden, Probleme bei der Vertretungsregelung gab es bisher nicht.

Der Finanzausschuss empfiehlt, die beiden Reinigungskräfte mit der Befristung 30.04.2021 noch einmal bis 31.12.2021 zu befristen.

Frau Guruz gibt Erläuterungen zum Bereich Planen und Bauen:

Sie möchte eine andere Planung der investiven Maßnahmen vorschlagen, weil sie es als schwierig empfindet, Maßnahmen nach fakultativ und unbedingt notwendig darzustellen, ohne vorher die Prioritäten nach neuestem Sachstand mit den Vertretern diskutiert zu haben. Vorschlag ist, den Finanzausschuss im Juni zu nutzen, alle Gemeindevertreter/ Bauausschussmitglieder in einer offenen Runde zusammen zu bringen, in der die optionalen und notwendigen Vorhaben vorgestellt werden bzw. sich aus dieser Runde ergeben. So dürfte es in den Lesungen zum Haushaltsplan keine Differenzen mehr geben und Frau Guruz wird hoffentlich nicht mehr vorgeworfen, dass sie bestimmte Projekte durchbringen möchte.

Zur aktuellen Planung:

Grundstücksverkäufe

Da der FNP geändert werden muss (GV am 24.09.2020), gehen die Bädervillen erst 2022 in den Verkauf. Im kommenden Jahr im Verkauf: die Townhouses und das neue kleine Grundstück (MZO-Generationenwohnen).

Grundstücksankäufe:

Der Wald von der BIMA, der ans MZO-Gelände anschließt, soll 2021 möglichst gekauft werden. Dort ist die Erweiterung des Radweges geplant. Konkrete Zahlen sind noch nicht vorhanden, es handelt sich um Hochrechnungen – man kann eher von niedrigeren Werten ausgehen.

Rettungswache EWE-Gelände 2,5 Mio. Euro (1,5 Mio. Euro Förderung): Gespräche mit dem Fördermittelgeber, Anmeldung für nächstes Jahr (pro Jahr werden nur vier Rettungswachen in M-V gefördert) – mit ca. 60 % Förderung kann gerechnet werden; Idee: weitere Förderungen, z. B. mit Solaranlagen über das Energieministerium oder als 0-Energie-Gebäude (ca. 20 % Förderung zusätzlich, allerdings höhere Baukosten)

Erschließung MZO-Gelände

2 ½ Straßen werden über das Wirtschaftsministerium gefördert, die restlichen 1 ½ Straßen hoffentlich über das Energieministerium – damit 60 - 90 %ige Förderung, der Rest wird umgelegt, so dass wir auf ein neutrales Ergebnis kommen.

Parkhaus MZO

Kredit eingeplant

Offene Positionen:

Je nachdem, in welcher Ausprägung das Schulgebäude vorgesehen ist, schließt sich das **Vereinsgebäude** an. Bisher kein Beschluss zum Schulkomplex vorhanden. Anfrage Fördermittel ergab, dass es eine breite Förderkulisse gibt, die man sich wie beim MZO-Gelände „zusammenbauen“ müsste.

Umbau Proraer Allee – weitere Diskussionen im Bauausschuss – neutrale Angelegenheit

Parkplatz DJH – Anregung, diesen als erste Maßnahme umzusetzen, da Einnahmequelle, Flächenübergabe erfolgt am 23.09.2020

Friedhof ist geplant, noch dieses Jahr fertiggestellt zu werden.

Block IV ist abgeschlossen, Zuwendungen werden nächstes Jahr erwartet

Verkehrssituation in Prora soll weiter entspannt werden, indem der dritte Punkt für die Leitplankenöffnung ausgeführt wird

Investition in Parkhäuser ist grundsätzlich sinnvoll, deshalb bestünde nach Abschluss der Arbeiten in der Putbuser Straße doch noch die Möglichkeit, das **Parkhaus am Klünderberg** zu realisieren.

Ziel bei den investiven Maßnahmen sollte immer sein, dass das, was ausgegeben wurde, auch wieder eingenommen wird.

Umsetzung Fahrradkonzepte Binz und Prora – derzeit Diskussionen im Bauausschuss – Fördermöglichkeiten werden geprüft

Vorschlag für die grundhaften Sanierungen, basierend auf den Ergebnissen der Ausarbeitung zum Generalentwässerungsplan in diesem Jahr: grundhafte Sanierung der Schwedenstraße – positiver Effekt: Bereinigung der undurchsichtigen Situation, Abdeckung des oberen Bereiches, relativ preiswerte Sanierungsmöglichkeit durch unseren neuen Tiefbauer ermittelt (ca. 600.000 Euro) – Beantragung von 90 %iger Förderung möglich, somit Kosten von 120.000 Euro, abzüglich Erschließungsbeiträge

Vorschlag zum **Ausbau für die Marien-/Schillerstr.** bis zur Hauptstraße als ersten Schritt – bisher noch keine Kalkulation begonnen – kommt auf die Meinung der Gemeindevertreter an

Herr Michalski begrüßt den Vorschlag von Frau Guruz, befürwortet aber ein größeres Gremium für die Vorstellung der Vorhaben im Juni für das Folgejahr. Auch der Bauausschuss sollte beteiligt werden.

Frau Guruz äußert zur Erschließung des alten Sportplatzes, dass es sich um einen großen Aufwand mit sehr hohen Kosten für die Gemeinde handelt, der unmöglich auf die ca. 10 Grundstückskäufer umgelegt werden kann bzw. würde das niemand bezahlen.

Grundlegend sollte die Gemeinde erst einmal in Sachen investieren, die Geld einbringen, z. B. Parkhäuser. Frau Guruz unterstützt den Gedanken einer neuen Schule, gibt aber zu bedenken, dass eine Schule auch nach dem Bau weiterhin Geld kosten würde – nebenbei sollten wir immer Möglichkeiten der Einnahmeerzielung schaffen.

Herr Michalski stimmt Frau Guruz hinsichtlich der Parkmöglichkeiten zu, diese sollte die Gemeinde in ihrer Hand behalten.

Herr Deutschmann spricht in diesem Zusammenhang den fast fertigen Parkplatz auf dem Gelände der ehemaligen Schule in Prora an und fragt, warum dieser nicht genutzt wird.

Dazu müsste das Material abgefahren werden, so Frau Guruz, und im vergangenen Jahr sollte kein Geld zusätzlich dafür ausgegeben werden. Vom Landkreis liegt die Genehmigung vor, das Material auf dem MZO-Gelände zu verbauen. Wenn wir Ende des Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres dort beginnen, wird es in der ersten Straße verbaut.

Zum Parkhaus MZO ergänzt Frau Guruz, dass die öffentliche Toilette im Parkhaus gefördert wird. Derzeit wird geprüft, ob eine Ladestation für E-Fahrzeuge integriert wird sowie eine Regenwasserauffangananlage, die ebenfalls gefördert werden und somit ca. 10 % der Gesamtkosten gefördert würden.

Herr Michalski: Die Frage stellt sich, ob das mit dem Kredit noch vereinbar ist.


Herr Behrens: Die Rechtsaufsicht muss den Kredit genehmigen. Beantragt wird die höchstmögliche Summe – ob wir diese Summe dann in Anspruch nehmen, werden wir sehen.

Zusammenfassend äußert Herr Michalski, dass die Sitzung des Finanzausschusses in der kommenden Woche notwendig ist, um noch einmal über den Nachtrag zu sprechen – im Hinblick auf die Ergebnisse aus der Gemeindevertretersitzung am 24.09.2020. Dann wüssten wir, ob das Geld aus dem Verkauf der Turnhalle zur Verfügung steht.

Herr Michalski hat sich bereits entschuldigt für den Finanzausschuss am 29.09.2020; Frau Drahotka kommt stattdessen und Herr Suhrbier leitet die Sitzung. Eventuell einzuarbeitende Änderungen für den Nachtrag werden als Tischvorlage am 29.09.2020 gereicht.

Der Haushaltsplanentwurf 2020 wird im Bauausschuss am 28.10.2020 beraten. Für die Sitzung des Finanzausschusses am 03.11.2020 wird dann die Beschlussempfehlung zum Haushaltsplan 2021 sowie zum Nachtrag 2020 vorbereitet.

Die Investitionsliste wird den Gemeindevertretern im Vorfeld übersandt.


Suhrbier
Ausschussvorsitzender


Lußky
Protokollantin